Liebe Innsbruckerin, lieber Innsbrucker!

Wer wir sind. Zusammen mit unserem Stadtparteivorsitzenden Helmut Buchacher habe ich ein Team junger, fähiger, bestens motivierter Frauen und Männer um mich geschart, mit dem ich in den kommenden sechs Jahren für unsere Stadt arbeiten will. Uns allen gemeinsam ist unsere aufrichtige Überzeugung: Werte wie Solidarität mit denen, die es sich nicht selber richten können, die Freiheit in einer Demokratie und Chancengleichheit für alle Menschen sind nicht im Geringsten altmodisch, sondern heute wichtiger denn je. Und eine gerecht verteilte Teilhabe an der Gesellschaft ist grundlegend für ein gutes Leben für möglichst viele Menschen.

Was wir denken. Es läuft nicht alles schlecht in Innsbruck, vieles funktioniert sehr gut. Aber der jetzigen Stadtführung ist das Wichtigste abhandengekommen: das Vertrauen der Menschen, der ehrliche Respekt vor den Menschen und das Gespür dafür, was die Bürgerinnen und Bürger wirklich wollen und brauchen. Wir lieben das Leben in unserer bunten, vielfältigen, weltoffenen Stadt. Deshalb müssen wir weg von bösartiger, aggressiver Scharfmacherei. Wir müssen auch weg von moralischer Überheblichkeit und frommen Wünschen, dass sich die realen Probleme, die wir tatsächlich haben, irgendwie schon alle von selber lösen werden, wenn wir nur nicht darüber reden. Und wir müssen vor allem weg davon kommen, dass einzelne Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden. Die Jungen gegen die Alten. Die, die sich als Einheimische fühlen, gegen „die Ausländer". Die Armen, die hier geboren wurden, gegen die Armen oder vielleicht noch Ärmeren, die von irgendwoher den Weg zu uns finden.

Was wir für Sie wollen. In Innsbruck wurde in den letzten Jahren ein Großprojekt nach dem anderen durchgezogen. Was fehlt, ist eine erkennbare Vision, wohin und wie sich die Stadt insgesamt entwickeln soll, wie wir leben wollen und wofür wir unser Innsbruck lieben können. Deshalb haben wir detailliert formuliert, was wir ändern und neu oder besser machen wollen. Sie werden sehen, wir haben viele gute Ideen und sehr genaue Vorstellungen davon, wie das gehen kann! Unser Wahlprogramm wird uns gegebenenfalls auch als Grundlage für Koalitionsverhandlungen nach der Gemeinderatswahl dienen.

Wir haben unsere Ideen, Pläne und Forderungen thematisch gegliedert. Bewusst verzichten wir darauf, den Themen Frauen und Leben mit Beeinträchtigung eigene Kapitel zu widmen – und zwar nicht, weil uns eine geschlechtergerechte und in jeder Hinsicht barrierefreie Politik so unwichtig wäre, sondern ganz im Gegenteil: Diese Themenbereiche sind für uns so zentral, dass sie sich durch alle Kapitel ziehen und in allen Politik- und Lebensbereichen berücksichtigt werden müssen.

Was wir Ihnen versprechen. Nicht, dass wir immer allen alles recht machen können. Aber wir versprechen Ihnen, dass wir uns den Herausforderungen für unsere Stadt mutig, verantwortungsvoll und optimistisch stellen. Dass wir kompetent und mit der größten Leidenschaft und Hingabe für die Frauen und Männer in dieser Stadt arbeiten. Und dass wir nicht von oben herab, sondern im steten Austausch mit Ihnen, liebe Innsbruckerin, lieber Innsbrucker, die Zukunft unserer Stadt gestalten wollen.

Was wir von Ihnen wollen. Unternehmen Sie mit uns gemeinsam einen Streifzug durch unser Programm für die „Stadt der Möglichkeiten". Nehmen Sie uns beim Wort und Ihre Rechte als Bürgerin und Bürger wahr. Und erteilen Sie uns bitte am 22. April den Auftrag, die kommenden sechs Jahre für Sie zu arbeiten: mir persönlich als Bürgermeisterin und unserem Team im Gemeinderat!

Ihre

Irene Heisz

GEMEINSAM SIND WIR INNSBRUCK

Gesellschaft, Zusammenleben und Sicherheit

Innsbruck ist eine dynamisch wachsende Stadt im Herzen Europas. Das ist als Stärke und nicht als Gefahr zu sehen. Doch wir müssen vor allem darauf Rücksicht nehmen, dass die Innsbrucker*Innen in ihrer Stadt weiterhin ausreichend (Wohn-) Raum haben, den sie sich auch leisten können. Auch ein friedvolles und kooperativ gestaltetes Zusammenleben gilt es in unserer Stadt sicherzustellen.

Für uns ist es deshalb zentral, das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen allen Innsbruckerinnen und Innsbruckern – ob alteingesessen oder neu zugezogen – zu stärken. Das geschieht nicht über restriktive Verbote und Verordnungen, wie sie derzeit von großen Teilen der Stadtpolitik propagiert und beschlossen werden, sondern über die Förderung des Miteinanders. Wir wollen eine zukunftsorientierte und lebendige Stadt, in der sich alle Innsbrucker*Innen sicher und daheim fühlen.

1. **Stadtteile stärken** – Wir wollen weiterhin die Gemeinschaftsräume in allen Innsbrucker Stadtteilen stärken, dazu gehören offene, betreute Stadtteilzentren für Veranstaltungen, Projekte und Vereine, aber auch Angebote in den Bereichen Bildung und Pflege in möglichst allen Teilen unserer Stadt.

2. **Hausbesorger*Innen als Ansprechpersonen vor Ort** – Wo es eine Anlaufstelle und ein offenes Ohr gibt, wird miteinander gesprochen. Kleine und größere Schwierigkeiten können schneller und einfacher erkannt und gelöst werden. Mit der Hilfe von Hausmeister*Innen in unseren Wohnsiedlungen können das Zusammenleben und der soziale Friede vor Ort gestärkt werden – und die eine oder andere Reparatur kann auch gleich vorgenommen werden.

3. **Es ist hier verboten zu schlafen?!** – Wir sprechen uns klar gegen das beschlossene Nächtigungsverbot aus, das in manchen Teilen unserer Stadt gilt. Das Verbot bekämpft die Ursachen von Wohnungslosigkeit nicht und bringt für betroffene Menschen keinerlei Verbesserung. Die Problematik wird verdrängt und allenfalls räumlich verschoben. Wir fordern eine ganzjährig geöffnete niederschwellige Notschlafstelle, damit niemand in unserer Stadt auf der Straße schlafen muss. Zudem fordern wir eine zusätzliche Tageseinrichtung für Wohnungslose nach dem Vorbild der Teestube, um das niederschwellige Betreuungs- und Beratungsangebot zu stärken.

Damit Frauen sich auch in Notlagen sicher fühlen können: In allen Notschlafstellen in unserer Stadt müssen geschlechtergetrennte Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

4. **Die Armut bekämpfen, nicht die Armen** – Ein Verbot des stillen Bettelns wurde vom Verfassungsgerichtshof bereits als verfassungswidrig aufgehoben. Dennoch fordern andere Parteien immer wieder ein Verbot. Wir sprechen uns klar gegen ein solches Verbot aus, zumal es das Problem nicht an der Wurzel packt. Statt wenig sinnvolle und unmenschliche Verbote zu beschließen, müssen wir weiterhin Vereine und Institutionen unterstützen, die Wohnungslosen auf dem Weg zurück in geregelte Lebensverhältnisse helfen.

5. **Alkoholverbotszonen evaluieren** – Wir wollen die bestehenden Alkoholverbotszonen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen und diese Verordnungen gegebenenfalls wieder zurücknehmen.

6. **Miteinander statt gegeneinander** – Wir sprechen uns für die Unterstützung von Hilfsorganisationen und Projekten für geflüchtete Menschen aus, um ihnen Spracherwerb und damit Perspektiven auf Arbeit und Integration in unserer Stadt zu ermöglichen.

Barrierefrei durch Innsbruck – Wir Sozialdemokrat*Innen bekennen uns zur barrierefreien Erschließung aller Stadtteile. Auch setzen wir uns für einen weiteren Abbau von Barrieren, zum Beispiel in städtischen Wohnungen und öffentlichen Gebäuden, ein, um Menschen mit Beeinträchtigung ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen zu können.

7. **Konsumfreie Zonen** – Zu einem urbanen Lebensgefühl gehören unabdingbar konsumfreie Zonen. Speziell junge Menschen brauchen deutlich mehr Möglichkeiten, sich an Orten treffen und sich dort aufhalten zu können, ohne kostenpflichtig konsumieren zu müssen – immerhin besteht mehr als ein Viertel der Innsbrucker Bevölkerung aus Studierenden, Schüler*Innen und Lehrlingen.

8. **Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) als Servicestelle, nicht als Parallelpolizei** – In einer Statutarstadt wie Innsbruck ist die Polizei der einzige legitim bewaffnete Wachkörper. Die städtische MÜG kann die Polizei zwar in ihrer Arbeit unterstützen, sie darf jedoch nicht die Aufgaben der Polizei nach und nach übernehmen. Aus diesem Grund fordern wir eine Evaluierung der MÜG sowie eine Rückbesinnung auf ihre vom Gesetz her

vorgesehenen Aufgaben: die Kontrolle des ruhenden Verkehrs und die dadurch gewährleistete Präsenz in den Stadtteilen.

9. **Sicher fühlen in unserer Stadt** – Wir wollen die Straßenbeleuchtung in den dunklen Ecken und an kritischen Punkten unserer Stadt ausbauen. Eine verstärkte Streifenaktivität der Polizei soll jeder Innsbruckerin und jedem Innsbrucker einen sicheren Heimweg gewährleisten. Außerdem bekennen wir uns zur Weiterführung und Stärkung des Frauen-Nachttaxis.

10. **Jede Stimme zählt, auch die leise** – Seit der letzten Gemeinderatsperiode verfügt die Stadt Innsbruck über einen Ausschuss für Bürger*Innen-beteiligung. Noch immer fehlen jedoch Kriterien und Konzepte, wie Bürger*Innenbeteiligung in welchen Bereichen stattfinden kann. Auch die Verankerung von Beteiligungsprozessen im Stadtrecht steht nach wie vor aus. Wir sprechen uns für Bürger*Innenbeteiligung aus, wo es sinnvoll und möglich ist. Der Unterschied zwischen Information und Beteiligung muss von der Stadt von Anfang an transparent kommuniziert werden. Grundsätzlich ist für uns klar, dass die letzte Entscheidungskompetenz im Sinne des Gesamtinteresses unserer Stadt beim direkt gewählten Innsbrucker Gemeinderat liegen muss.

11. **Stadtteil-Partizipation nicht als Privileg für einige wenige!** – Eine Vertretung von einzelnen Stadtteilen muss es – wennschon, dennschon – in allen Stadtteilen geben und nicht nur in einigen wenigen. Gewählt werden sollte sie mittels Verhältniswahl. Generell stehen wir Stadtteilausschüssen jedoch kritisch gegenüber und fordern eine Evaluierung der bestehenden Regelung.

12. **Schaffung eines Innsbrucker Migrant*Innenbeirates** – Wir wollen einen Beirat einrichten, der von allen Drittstaatsangehörigen, die mindestens 3 Jahre ihren Hauptwohnsitz in Innsbruck haben, gewählt werden kann. Dieser Beirat soll über ein Antragsrecht im Gemeinderat verfügen und so die Interessen der nicht-wahlberechtigten Innsbruckerinnen und Innsbrucker vertreten. Wir sind überzeugt, dass ein solcher Beirat das Miteinander in unserer Stadt stärken kann. Denn wer sich einbringen kann, fühlt sich gehört und zugehörig.

13. **Hilfe für die Helfenden** – Für die Freiwilligen bei den Blaulichtorganisationen, die bei der Stadt oder bei städtischen Beteiligungen beschäftigt sind, soll es bis zu 3 zusätzliche freie Arbeitstage geben – so wie es in zahlreichen anderen Gemeinden in Tirol bereits der Fall ist.

14. **Evaluierung der Rettungsdienst-Infrastruktur** – Die Rettungsdienst-Organisationen in unserer Stadt leiden unter den Rahmenbedingungen, die das Landesrettungsdienstgesetz vorgibt. Wir fordern, dass die Stadt hier im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv wird, um die Infrastruktur für ein effizientes und zeitgemäßes Rettungswesen zu sichern.

15. **Innsbruck ist bunt!** – Wir stehen für eine intensive Zusammenarbeit mit den LGBTIQ-Organisationen in unserer Stadt und sprechen uns für die nachhaltige und langfristige Förderung dieser Institutionen aus.

16. **Sexarbeit darf kein Tabu-Thema sein** – Die Rotlichtszene soll nicht einfach immer weiter an die Stadtränder verdrängt werden. Die Verschiebung löst keines der Probleme, denen Frauen und Männer in diesem Gewerbe ausgesetzt sind – sie verschärft zusätzlich die Gefahr. Wir unterstützen Projekte und Institutionen, die Beratung und Hilfestellung für Sexarbeiter*Innen anbieten sowie Alternativen und Ausstiegsmöglichkeiten aufzeigen.

WOHNUNGEN FÜR MENSCHEN, NICHT FÜR SPEKULANTEN

Wohnen, Stadtentwicklung und Projekte

In Innsbruck sind derzeit rund 2.000 Personen für eine Wohnung mit städtischem Vergaberecht vorgemerkt. Viele Innsbrucker*Innen stöhnen unter den horrenden Mieten am privaten Wohnungsmarkt und die Wohnungsnot in Innsbruck spitzt sich immer weiter zu. Wir Sozialdemokrat*Innen kämpfen seit jeher für leistbaren Wohnraum. Umso wichtiger ist es jetzt für die nächsten sechs, aber auch für die nächsten zwanzig Jahre ein langfristiges und nachhaltiges Konzept für die Erschließung von Wohnraum zu entwickeln.

Wir wollen einerseits durch intelligente Nachverdichtung, die Innenhof-Oasen schützt, anstatt sie zuzupflastern, und die Mobilisierung von leerstehendem Wohnraum, andererseits durch die Entwicklung neuer Stadtteile ein gutes und leistbares Leben in unserer Stadt für die nächsten Jahrzehnte sicherstellen. Für uns ist es selbstverständlich, dass städtebauliche Entwicklung bereits im Zuge erster Planungen auf soziale Verträglichkeit und den veränderten Bedarf bei der Infrastruktur Rücksicht nehmen muss.

1. **Neue Stadtteile für Innsbruck!** – Wir fordern die Erschließung des Wiltenbergs bzw. des Paschbergs für den sozialen Wohnbau. Ein moderner Stadtteil, in dem es keine Autos an der Oberfläche gibt, kann hier entstehen und als Vorbild für die künftige Stadtentwicklung dienen.

2. **Wir wollen wirkliche Stadtwohnungen!** – Die IIG ist als städtische Baugesellschaft kein gemeinnütziger Bauträger. Wir fordern die Wiedereingliederung der IIG in die städtische Verwaltung, damit wir einen unmittelbaren Einfluss auf die Mietpreise nehmen können und wir wieder wirkliche Stadtwohnungen haben.

3. **Die Gemeinnützigen sollen bauen** – Zahlreiche gemeinnützige Wohnbauträger verfügen über hohe Finanzreserven und bilden immer höhere Rücklagen. Wir sprechen uns dafür aus, dieses Geld ehestmöglich in den geförderten Wohnbau zu investieren.

4. **500 neue Wohnungen für Innsbruck, jedes Jahr!** – Wir stehen auf der Seite derjenigen, die eine leistbare Wohnung brauchen. Unser erklärtes Ziel für Innsbruck ist daher, bis zum Ende der Gemeinderatsperiode 3.000 neue Wohnungen mit städtischem Vergaberecht zu errichten. Auf diese Weise können wir Innsbrucker*Innen den Wohnraum bieten, den sie dringend benötigen. Nur mit dem weiteren Ausbau des öffentlichen Wohnsektors können wir die nach oben offene Preisspirale am privaten Wohnungsmarkt in den Griff bekommen.

5. **Nicht mehr als ein Drittel des Einkommens für Wohnkosten!** – Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten soll die Umstellung des Mietzinses bei städtischen Wohnungen von einer objektbezogenen auf eine subjektbezogene Miete geprüft werden. Wer weniger verdient, soll weniger Miete zahlen!

6. **Mietzinsbeihilfe und sonstige Förderungen überflüssig machen** – Die bisher bestehenden Direktförderungen der Stadt sollen langfristig überflüssig gemacht werden, da sie direkt in die Taschen der Vermietenden fließen. Bis dahin setzen wir uns weiterhin für eine tirolweit einheitliche Mietzinsbeihilfe ab Tag 1 und für die Zusammenführung der Mietzinsbeihilfe mit der Wohnbeihilfe ein!

7. **Mietwucher bekämpfen** – Wie schon oft gefordert, muss die Stadt endlich alle Möglichkeiten nutzen, um Mietwucher zu bekämpfen. Daher sollen Regressforderungen wegen ungesetzlich hoher Mieten direkt von der Stadt geltend gemacht werden können, damit Mieter*Innen nicht länger aus Angst auf ihre Ansprüche verzichten.

8. **Der Tausch von Wohnungen muss erleichtert werden** – Wenn eine Person eine große Stadtwohnung freiwillig gegen eine kleinere tauscht, soll die Stadt Innsbruck die dabei anfallenden Kosten übernehmen. Die Miete der kleineren Wohnung soll jedenfalls geringer sein als die der größeren, die man beim Tausch zur Verfügung stellt.

Wir sprechen uns nach wie vor klar für nachträgliche Lifteinbauten im städtischen Wohnbau aus. Zusätzlich sollen barrierefreie Umbaumaßnahmen und generationenübergreifende Wohnprojekte von der Stadt gefördert werden.

9. **Zukunftsorientiert und generationengerecht bauen** – Wohnanlagen müssen so gestaltet sein, dass sie gemeinschaftsbildend wirken und generationenübergreifend ein Gefühl der Zusammengehörigkeit in Hausgemeinschaften fördern. Diese sozialen Aspekte sind bereits bei der Planung neuer Anlagen zu berücksichtigen.

10. **Jedem Block seinen Spielplatz!** – Jede Wohnanlage sollte über ausreichend Grün- und Spielflächen für unsere Jüngsten verfügen, aber auch Raum zum Wohlfühlen für unsere ältere Generation.

11. **Gegen die Verbauung unserer Innenhöfe** – Die bestehenden Innenhöfe unserer Wohnsiedlungen sind als städtische Oasen aufrechtzuerhalten. Neuer Wohnbau muss tunlichst ohne das Verbauen von Innenhöfen und ohne übermäßige Verdichtung realisiert werden.

12. **Städtischer Wohnbau in allen Stadtteilen!** – Wir stehen wie keine andere Partei für städtischen Wohnbau in allen Teilen unserer Stadt, zum Beispiel am Areal der ehemaligen Patscherkofel-Talstation, aber auch an vielen anderen Standorten.

13. **Wohnungen für Menschen, nicht für Spekulanten!** – Wir fordern ein effizientes Leerstandsmanagement und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten eine finanzielle Abgabe für ungenutzte Wohnflächen.

14. **Leistbares Wohnen für Studierende** – Wir wollen einen Campus für Studierende errichten, zum Beispiel am Innrain, in der Herrengasse oder im Westen der Stadt. Mindestens 1.000 junge Menschen sollen günstig und zeitgemäß Wohn- und Lebensraum erhalten – eine Maßnahme, die den gesamten Wohnungsmarkt in unserer Stadt entlastet. Für den Campus muss ein eigenes Vergabesystem eingerichtet werden, das es auch jenen Studierenden, die neu in der Stadt sind, ermöglicht, eine Wohnung oder ein WG-Zimmer zu bekommen.

15. **Klares Nein zum Verkauf städtischer Gründe!** – Nach dem Verkauf der städtischen Grundstücke in Kranebitten sind die Grundreserven im Eigentum der Stadt so gut wie erschöpft. Wir stehen dafür, dass die Stadt unter keinen Umständen eigene Grundstücke an Private verkauft. Im Gegenteil: Die Stadt muss selbst, wann immer möglich, Grundstücke erwerben, um die Voraussetzung für leistbaren Wohnraum zu schaffen.

16. **Mutige Widmungspolitik** – Viel zu oft reagiert die Stadt mit ihren Widmungen, nachdem private Investoren bereits tätig geworden sind. Wir Sozialdemokrat*Innen stehen für eine offensive Widmungspolitik im Rahmen des neu zu erstellenden Raumordnungskonzeptes, um möglichst viele Flächen für den städtischen Wohnbau gewinnen zu können. Außerdem wollen wir das Widmungsinstrument der „Vorbehaltsfläche für sozialen Wohnbau", das uns das Tiroler Raumordnungsgesetz an die Hand gibt, effizient nutzen.

17. **Obdachlosigkeit verhindern, bevor es zu spät ist** – Wir wollen, dass die Stadt Innsbruck Übergangswohnungen bei plötzlicher Wohnungslosigkeit bereitstellt und die Delogierungsprävention ausbaut. Es soll hier auch ein spezielles Angebot für Frauen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, geschaffen werden, um so akuten Abhängigkeitsverhältnissen entgegenzuwirken.

18. **Mehr Platz zum Leben** – Bei Neubau von gemeinnützigem Wohnraum soll die Anzahl der Autoparkplätze gesenkt werden, um einerseits die Kosten für Mieter*Innen zu reduzieren und andererseits einer nachhaltigen und umweltgerechten Verwendung von Ressourcen Rechnung zu tragen. Von einem Parkplatz pro Wohnung sollte die Entwicklung in Richtung 0,5 Parkplätze pro Wohneinheit gehen. Eine inkludierte (übertragbare) Öffi-Karte statt eines Parkplatzes könnte hier als Anreiz dienen.

19. **Stadtentwicklung über den Tellerrand hinaus** – Vor allem in der Rossau und im Bereich des DEZ-Areals sind noch große städtebauliche Entwicklungspotenziale vorhanden. Bisher wurden diese Flächen aber ohne gesamthaftes, stringentes Konzept verbaut. Wir sprechen uns für ein nachhaltiges Entwicklungskonzept für die Rossau aus. Vor allem die Gründe entlang des Inns sollen langfristig für den Wohnbau gewonnen werden, zugleich sollen Anreize für die Absiedelung des Gewerbegebiets in Richtung Autobahn geschaffen werden. Aber auch Mischgebiete aus gewerblicher Nutzung und Wohnbau (z. B. am DEZ-Areal) sind für uns ein möglicher Ansatz.

20. **Kooperation mit unseren Umlandgemeinden** – Auch im Bereich des geförderten Wohnbaus muss mit den Nachbargemeinden kooperiert werden, um dem Sog, den Innsbruck auf den ganzen Zentralraum Tirols hat, entgegenzuwirken oder ihn im Interesse aller Beteiligten gestalten zu können.

DIE ARMUT BEKÄMPFEN, NICHT DIE ARMEN!

Soziales, Pflege und Gesundheit

Eine inklusive Gesellschaft und ein solidarisches Miteinander sind das, was wir für unsere Heimatstadt wollen. Grundlage dafür ist eine gerechte und vorausschauende Sozialpolitik, die entschlossen gegen Ausgrenzung und Armut auftritt und eine gleichberechtigte soziale und kulturelle Teilhabe aller in Innsbruck lebenden Menschen ermöglicht. Ein gutes Zusammenleben braucht soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für alle!

Kosten-Nutzen-Rechnung und Wettbewerbsdenken werden heute nicht selten auch im sozialen Bereich über Solidarität und Gemeinschaft gestellt. Das ist weder gerecht, noch sozial. Denn wer in eine Notlage hineingeboren ist, kann dafür so wenig wie der Angestellte, der „wegrationalisiert" wird, oder der plötzliche Alleinerzieher, der mit seiner Teilzeitbeschäftigung die Wohnung für sich und seine Kinder nicht mehr bezahlen kann, oder die Kellnerin mit Anfang fünfzig mit nicht kurierbarem Bandscheibenproblem und offenem Kredit. Wohnungslosigkeit, Jobverlust, Krankheit oder andere Einschränkungen können jeden und jede von uns jederzeit treffen. Und fast immer sind es (auch) strukturelle Bedingungen wie Teilzeitjobs, unbezahlte Arbeit in Kindererziehung und Pflege oder prekäre Beschäftigungsbedingungen, die Armut, Krankheit und Ausgrenzung verursachen.

Diese Ursachen gilt es aufzuspüren und an der Wurzel zu bekämpfen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, wie wichtig ein zuverlässiges und gut funktionierendes Gesundheits- und Sozialwesen für das friedliche Zusammenleben ist, denn aus dieser Überzeugung wurde die Sozialdemokratie geboren.

1. **Wer Hilfe braucht, soll sie bekommen** – Wir wollen eine bedarfsorientierte Unterstützung bei Energie- und Heizkosten einrichten, damit niemand in unserer Stadt beim Schlafengehen frieren muss. Zudem braucht es eine niederschwellige Anlaufstelle innerhalb der Stadtverwaltung, in der von Armut Betroffene unkompliziert Information erhalten.

2. **Obdach geben und Teilhabe ermöglichen** – Wir bekennen uns klar zur Einrichtung einer ganzjährigen niederschwelligen Notschlafstelle in Innsbruck. Zusätzlich fordern wir eine zweite Einrichtung zur Tagesaufenthaltsstätte für Wohnungslose nach dem Vorbild der Teestube. Damit können wir die bestehende Teestube, die ihre Kapazitätsgrenze bereits erreicht hat, entlasten sowie Betreuung, Beratung und soziale Teilhabe für alle Betroffenen sicherstellen.

3. **Aktiv älter werden in unserer Stadt**– Wir setzen uns dafür ein, dass Senior*Innen rundum gut versorgt sind – mit leistbaren und zeitgemäßen Freizeit- und Wohnmöglichkeiten. Bei Bedarf sollen sie eine flexible Betreuung erhalten, etwa auch für Freizeitaktivitäten bei niedriger Pflegestufe.

> Die Sprache ist der Anfang für alles Weitere: Darum wollen wir Programme zum Spracherwerb und zur sprachlichen Förderung in den Kinderbildungseinrichtungen und Schulen erweitern und jene Projekte, die Erziehungsberechtigte mit einbinden, ausbauen.

4. **Pflege weiterdenken** – Wir wollen die hohe Qualität in den Wohnheimen weiterhin und kontinuierlich sichern, und zwar in jedem Stadtteil, damit das gewohnte Umfeld für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen erhalten bleibt. Darüber hinaus ist es wichtig, in den nächsten Jahren das Augenmerk verstärkt auf leistbare und zeitgemäße Pflege zu Hause zu richten.

5. **Unterstützung, wo sie benötigt wird** – Wir wollen eine individuelle Beratung und Unterstützung für pflegende Familien bzw. pflegende Angehörige einrichten. Außerdem wollen wir, dass pflegende Angehörige Unterstützung bekommen, damit sie auf Urlaub gehen und Kur- oder Reha-Aufenthalte wahrnehmen können.

6. **Ein eigenes Pflegeheim für junge Pflegebedürftige** – Um auch jüngeren Menschen, die Pflege benötigen, ein angemessenes Umfeld bieten zu können, fordern wir die Errichtung eines eigenen Wohnheims für pflegebedürftige Menschen bis 60 Jahre.

7. **Soziale Arbeit wertschätzen und gerecht entlohnen** – Menschen, die im sozialen Bereich tätig sind, leben oft selbst unter prekären Verhältnissen. Hier fordern wir eine gerechte Entlohnung. Wir bekennen uns klar zur weiteren Unterstützung gemeinnütziger Vereine, Initiativen und Verbände im Sozialbereich mit längerfristigen Verträgen.

8. **Konflikte lösen, bevor Probleme entstehen** – Wir fordern Streetwork für unsere Jugendlichen in allen Teilen unserer Stadt und wollen die Schulsozialarbeit flächendeckend ausbauen. Der Kompetenzbereich der Jugendzentren sollte nicht an der Türschwelle enden.

9. **Rechtsanspruch auf kostenlose Kinderbetreuung** – Wir wollen das Angebot an Kinderbetreuung den Lebensrealitäten anpassen: Es muss ganzjährig, ganztägig, gratis und ab dem 1. Lebensjahr zur Verfügung stehen. Wir fordern zudem, dass die Tagesöffnungszeiten (auch bei den privaten Anbietern) erweitert werden und zeitlich flexible Kinderbetreuung (z. B. für Eltern mit Schichtarbeitszeiten) ermöglicht wird.

Wir müssen die Lücken in der Versorgung des Gewaltschutzes konsequent schließen. Daher gilt es, Beratungsstellen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, Gewaltschutzeinrichtungen und Frauenhäuser weiterhin zu fördern. Auch Frauen- und Mädchenprojekte wollen wir gezielt unterstützen.

10. **Pro Choice!** – Wir setzen uns für die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs am Landeskrankenhaus Innsbruck ein, damit Frauen in einer Situation, die für sich schwierig genug ist, nicht auf teure private Einrichtungen angewiesen sind.

11. **Beihilfensystem vereinfachen** – Wir wollen Wohn- und Mietzinsbeihilfe zusammenführen und ein transparentes System für Mietkostenunterstützung schaffen.

EINFACH MOBIL

Verkehr, Energie und Umwelt

In einer stark wachsenden Stadt wie Innsbruck zählt die Frage nach der Mobilität zu den Kernfragen einer positiven Stadtentwicklung. Im Jahr 2004 hat der Innsbrucker Gemeinderat mit den Stimmen der SPÖ das Straßen- und Regionalbahnkonzept beschlossen und damit den Grundstein für eine leistungsfähige, moderne und schnelle Ost-West-Achse gelegt. Sie erschließt sowohl die großen Wohngebiete als auch einen großen Teil der Bildungs- und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Doch gerade für die Sozialdemokratie als fortschrittliche Bewegung ist klar, dass es in diesem Bereich zu keinem Stillstand kommen darf. Nur wenn es gelingt, den öffentlichen Verkehr konsequent auszubauen und zu beschleunigen, werden auch immer mehr Menschen dieses Angebot nutzen. Ein Leben ohne eigenen PKW – für 60 % der Innsbrucker Bevölkerung schon derzeit Realität – soll durch entsprechende Maßnahmen weiter erleichtert und attraktiviert werden.

Fußgänger*Innen stehen in unserem Programm nicht zufällig an erster Stelle, denn der Großteil (40 %) der Wege wird nach wie vor zu Fuß zurückgelegt. Der öffentliche Verkehr hat für uns den Vorrang vor dem Individualverkehr. Großen Nachholbedarf sehen wir außerdem beim Fahrradverkehr. Innsbruck bezeichnet sich zwar gerne als Radhauptstadt, im Bereich der Infrastruktur und des Radnetzes gilt es aber noch viel aufzuholen.

Mit dem Innsbrucker Energieeffizienzplan (IEP) sind wir auf dem richtigen Weg, was einen nachhaltigeren Umgang mit unseren Energieressourcen betrifft. Wir bekennen uns ausdrücklich zu diesen Zielen, die unsere Stadt noch lebenswerter machen. Ebenso stehen wir für einen unabdingbaren Erhalt bestehender städtischer Grünflächen.

1. **Begegnungsraum ist Lebensraum** – Wir stehen für den Ausbau von Fußgänger*Innenzonen und Begegnungszonen nicht nur im Stadtzentrum, sondern auch in den Zentren der Stadtteile. Dies soll jeweils im Rahmen eines Bürger*Innenbeteiligungsprozesses erfolgen.

Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr ist für uns ein Kernanliegen. Dafür braucht es Baumaßnahmen an problematischen Haltestellen, vor allem an hochfrequentierten Standorten wie in der Museumstraße. Zudem wollen wir flächendeckend Aufmerksamkeitsfelder installieren. Um Ortsfremden und Tourist*Innen die Orientierung in unserer Stadt zu erleichtern, sollten an jeder Haltestelle beleuchtete Stadt- und Umgebungsplänen angebracht werden.

2. **IVB und VVT zusammenführen** – Wir fordern langfristig die Zusammenlegung von IVB und VVT zu einer Gesellschaft. Ziel ist eine verbesserte Koordination, vor allem durch Synergieeffekte und aufeinander abgestimmte Linienführungen im Rahmen eines einheitlichen Systems.

3. **Mobilität verbindet** – Wir stehen für den konsequenten Ausbau des öffentlichen Verkehrs, um dem Bevölkerungswachstum in Innsbruck Rechnung zu tragen. Insbesondere ist das Angebot an Nightlinern auszubauen, um einen sicheren Heimweg kostengünstig zu gewährleisten.

4. **Das Straßenbahnnetz plangemäß vervollständigen** – Wir setzen uns für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 3 in die Höttinger Au als Ersatz für den Westast der Linie R ein, wie es der Grundsatzbeschluss 2004 vorsieht. Die bestmögliche Trassenlage soll intensiv geprüft werden, denn eine Straßenbahn kann nur dann am Stau vorbeifahren, wenn es die Trasse erlaubt. Als künftige Endstation befürworten wir den Standort Flughafen. Sollte langfristig ein Autobahnanschluss Flughafen realisiert werden, dann fordern wir die Errichtung einer Park-and-Ride-Anlage.

5. **Die Zukunft der Igler Bahn sichern** – Wir bekennen uns zum Erhalt und Ausbau der Straßenbahnlinie 6 mit direkter Innenstadtanbindung. Dabei ist entweder eine Integration in den Umlauf der Linie 1 oder eine separate Lösung anzustreben. Zudem wollen wir die Linie 6 bis ins Igler Zentrum verlängern und einen Ausbau der Strecke bis zur Talstation der neuen Patscherkofelbahn prüfen. Die Empfehlungen der Projektgruppe zur Zukunft der Linie 6 sollen dabei berücksichtigt werden.

6. **S-Bahn-Haltestellen in der Stadt** – Wir befürworten einen konsequenten Einsatz der Stadt für die bereits geplanten zusätzlichen S-Bahn-Haltestellen auf Stadtgebiet im Bereich Messe und Wilten-Wifi. Die bestehenden Stationen Hötting, Kranebitten und Allerheiligen sollen an verkehrstechnisch günstigere Punkte verlegt werden.

7. **Öffis beschleunigen** – Wir fordern den Ausbau von eigenen Spuren für Bus und Straßenbahn, insbesondere an neuralgischen Staupunkten (z. B. am Grabenweg), sowie eine Ampelbevorzugung für den öffentlichen Verkehr.

> Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr ist für uns ein Kernanliegen. Dafür braucht es Baumaßnahmen an problematischen und hochfrequentierten Haltestellen. Außerdem wollen wir flächendeckend beleuchtete Aufmerksamkeitsfelder mit Stadt- und Umgebungsplänen installieren, um Ortsfremden und Tourist*Innen die Orientierung in unserer Stadt zu erleichtern.

8. **Unabhängig für Verbesserungen sorgen** – Wir fordern die Einrichtung eines unabhängigen ÖPNV-Beirates, in dem neben den Sozialpartner*Innen auch Fahrgastvertreter*Innen aktiv sein sollen. Dieser Beirat soll im regelmäßigen Austausch mit den Verkehrsunternehmen für eine stetige Verbesserung des ÖPNV eintreten und der Politik in einem jährlichen Bericht seine Forderungen vorlegen.

9. **Kostenbremse für Öffi-Tickets** – Wir fordern ein Ende der jährlichen, weit über der Inflationsrate liegenden Tariferhöhungen im öffentlichen Verkehr. Der Preis für eine Jahreskarte soll für die nächsten sechs Jahre eingefroren werden. Der Preis für das Semesterticket, das im Vergleich mit dem tirolweit gültigen Ticket unverhältnismäßig teuer ist, soll für alle Studierenden mit Hauptwohnsitz in Innsbruck auf 50 Euro gesenkt werden. Außerdem wollen wir Kurzstreckentarife im Stadtgebiet einführen, damit Öffis auch für Gelegenheitsnutzer*Innen attraktiver werden.

10. **Freie Fahrt am Wochenende und in den Ferien** – Um Familien und Jugendliche zu entlasten, setzen wir uns für die Freifahrt von Schüler*Innen und Jugendlichen in den Ferien sowie an Sonn- und Feiertagen ein. Außerdem soll allen, die eine in Innsbruck gültige Jahreskarte und zugleich den Euregio-Family Pass besitzen, die Mitnahme der eigenen Kinder kostenfrei möglich sein – und zwar von Montag bis Freitag ab 14 Uhr sowie am Samstag ganztags.

11. **Die Qualität im öffentlichen Verkehr sichern** – Es ist eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Hand, die Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs zu sichern. Das betrifft nicht nur das Angebot, sondern auch die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter*Innen des ÖPNV: Damit die hohe

Qualität der Arbeitsplätze langfristig gewährleistet werden kann, sprechen wir uns gegen jede Form der Ausschreibung im ÖPNV aus.

12. **Das Radfahren in Innsbruck und Umgebung einfach und sicher machen** – Wir wollen die Lücken im bestehenden Radwegenetz konsequent schließen. Dazu braucht es durchgängige Radachsen von Ost nach West und von Süd nach Nord. Zusätzlich müssen weitere Einbahnstraßen für den Fahrradverkehr in beide Richtungen freigegeben werden. Wir fordern die Anbindung von Mentlberg, Sieglanger, Vill und Igls an das städtische Radwegenetz sowie eine Fahrradanbindung an die Umlandgemeinden unserer Stadt. Als besonders dringlich sehen wir die Errichtung eines Radweges am bzw. parallel zum Südring. Da Innsbruck sowohl bei Sanierungs- als auch bei Erschließungsmaßnahmen viel Aufholbedarf hat, sprechen wir uns für ein eigenes Radbudget in der Höhe von 5 Millionen Euro pro Jahr aus. Für den Radverkehr vorgesehene Landesfördermittel müssen endlich beantragt werden und sollen in dieses Budget fließen.

13. **Fahrradfahren bei jeder Tageszeit und Witterung** – Wir setzen uns für die konsequente Verbesserung der Infrastruktur auf unseren Radwegen ein: Das umfasst einerseits eine gute Beleuchtung für unsere Radwege, Fahrradstreifen und Mehrzweckstreifen, andererseits muss die Schneeräumung mit höherer Priorität als bisher gewährleistet sein.

14. **Auch Fahrräder müssen geparkt werden** – Wir setzen uns für die flächendeckende Installation von überdachten Radabstellplätzen ein. Radabstellflächen müssen in allen öffentlichen Einrichtungen und bei sämtlichen Neubauten mitgeplant werden. Nicht mehr fahrtüchtige Räder an öffentlichen Abstellplätzen sollen regelmäßig und mehrmals im Jahr von der Stadt gesichtet, mit einer Schleife versehen sowie nach einem Zeitabstand von 4 Wochen entsorgt oder repariert und verkauft werden. Der Erlös soll zweckgebunden der besseren Beleuchtung von Fahrradabstellplätzen zugutekommen – eine Maßnahme, die Vandalismus und Diebstahl vorbeugen kann.

15. **Lastenfahrräder etablieren helfen** – Wir wollen ein Anreizsystem für in der Stadt ansässige Klein- und Mittelbetriebe schaffen, um sie dabei zu unterstützen, ihren Kund*Innen und Mitarbeiter*Innen die Nutzung von Lastenfahrrädern schmackhaft zu machen.

16. **Wer hat einen Plan?** – Wir fordern einen ständig aktualisierten, auch digital verfügbaren Radwegeplan. Unabdingbar ist auch ein entsprechendes Leitsystem für Radfahrende, insbesondere im Fall von Baumaßnahmen.

17. **Park-and-Ride entlastet unsere Stadt** – Wir setzen uns für die Errichtung von Park-and-Ride-Anlagen in Koordination mit den Umlandgemeinden ein. Diese braucht es insbesondere in Völs und Neu-Rum, da diese beiden Gemeinden mit dem Regionalbahnprojekt zu künftigen Hauptknotenpunkten im ÖPNV werden.

18. **Weil Parkraum rar ist** – Wir bekennen uns zur flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung (gebührenfrei, gebührenpflichtig, Parkstraßen) als unumgänglicher Verkehrsleitmaßnahme. Die bestehenden Maßnahmen sollen jedoch regelmäßig evaluiert werden.

19. **Kostbare Oberflächen intelligenter nutzen** – Wir fordern die Errichtung von Quartiersgaragen in einzelnen Stadtteilen. Sie sollen jenen Anwohner*Innen kostengünstig zur Verfügung stehen, die über keine Abstellplätze verfügen. Dadurch frei werdende Oberflächenparkplätze sollen je nach Bedarf intelligent genutzt werden: als ÖPNV-Spuren, Rad- und Mehrzweckstreifen, zur Gehwegverbreiterung oder als Grünstreifen.

20. **Nicht nur in Christkindlmarkt-Zeiten wichtig!** – Aus unserer Sicht sind eigene Parkplätze für Reisebusse und Wohnmobile unabdingbar. Diese sollen in Stadtrandlage, am besten in Autobahnnähe situiert sein. Eine entsprechende Infrastruktur ist ebenso notwendig wie eine ÖPNV-Anbindung. Ein möglicher Standort dafür wäre zum Beispiel das Hafen-Areal im Westen der Stadt.

21. **Akku fast leer – bitte laden!** – Neue Technologien erfordern neue Infrastruktur. Daher wollen wir flächendeckend E-Ladestationen im Stadtgebiet einrichten. Bei Neubauten von Wohn- und Betriebsanlagen sowie öffentlichen Gebäuden soll eine E-Tankstelle grundsätzlich mitgeplant werden.

22. **Direkt zum Flughafen** – Eine direkte Autobahnanbindung des Flughafens könnte die Höttinger-Au entlasten, wenn zugleich verkehrsberuhigende Maßnahmen (z. B. Einbahnregelungen) getroffen werden. Ein neuer Autobahnanschluss darf jedoch keinesfalls zu einer zusätzlichen Einfallsachse in die Stadt werden.

23. **Ein Verkehrsleitsystem, das den Zweck erfüllt** – Innsbruck braucht ein zweckmäßiges, funktionierendes Verkehrsleitsystem für Parkgaragen und Hotels, damit unnötige Fahrten durch das Stadtgebiet vermieden werden können.

Umwelt, Energie und Tierschutz

1. **Umwelt mitdenken** – Bei der Vergabe von städtischen Fördermitteln soll ressortübergreifend der Umweltgedanke stärker berücksichtigt werden.

2. **Grüne Oasen erhalten** – Wir wollen, dass der Baumbestand sowie Grünflächen und Parkanlagen in unserer Stadt erhalten oder nach Möglichkeit erweitert werden. Wo Bäume abgeholzt werden müssen, sollen neue gepflanzt werden.

3. **Kurze Wege für die Wertstoff-Entsorgung** – Der Recyclinghof in der Rossau ist für viele Bewohner*Innen – vor allem im dicht besiedelten Westen der Stadt – sehr weit entfernt. Das bedeutet mehr Verkehrs- und Umweltbelastung für alle. Wie von uns bereits beantragt, soll ein weiterer Recyclinghof im Westen der Stadt errichtet werden. Sollte kein neuer Recyclinghof errichtet werden, könnte die Mitbenutzung des Recyclinghofes in Völs (im Bereich der Cyta) die Wege zur Wertstoffentsorgung in der Stadt kurz halten.

4. **Sauberer Fuhrpark** – Wir wollen den Fuhrpark der Stadt und der Unternehmen mit städtischer Beteiligung sukzessive auf Elektroantrieb umstellen. Sämtliche Neuanschaffungen sollen entsprechend getätigt werden – mit Ausnahme von solchen Nutzfahrzeugen, für deren Verwendungszweck die E-Motor-Technologie noch nicht ausreichend entwickelt ist.

5. **Esst's was Gsund's** – Wir werden uns dafür einsetzen, dass in allen städtischen Einrichtungen sowie in Unternehmen mit städtischer Beteiligung, also in Schulen, Wohn- und Pflegeheimen und Betriebskantinen vorrangig Lebensmittel zum Einsatz kommen, die ökologisch, regional und sozial nachhaltig produziert sind.

6. **Energie effizient nutzen** – Wir bekennen uns zur konsequenten Umsetzung des Innsbrucker Energieeffizienzplanes (IEP). Bis 2025 soll der Gesamtenergiebedarf um mindestens 17 % durch Effizienzerhöhungen und Einsparungen verringert werden. Der Anteil erneuerbarer Energieträger soll im selben Zeitraum um 27 % steigen.

7. **Wärme für Wilten** – Wir fordern den möglichst baldigen Abschluss eines Vertrags zwischen der Stadt Innsbruck und der Brennereisenbahn AG, damit die Abwärme des Brennerbasistunnels als Fernwärme genutzt werden kann. Der Großteil des Stadtteils Wilten könnte so umweltfreundlich beheizt werden.

8. **Lebensraum schaffen** – Singvögel, Schwalben, Mauersegler, Igel und Fledermäuse sind nur einige der Tierarten, die seltener geworden sind und denen mit Nisthilfen, geeigneten Winterquartieren oder Blumenwiesen geholfen werden kann.

9. **Lebensraum teilen** – Wir setzen uns für Hundewiesen- und Freilaufzonen in allen Stadtteilen von Innsbruck ein. Bei der Planung soll von vornherein auf den Zugang zu Frischwasser und auf ausreichend Schattenplätze geachtet werden. Bestehende Plätze sollen nach Möglichkeit nachgerüstet werden.

10. **Alles fließt?** – Fließgewässer sind intensiv genutzte Ökosysteme, die speziell im urbanen Bereich stark beeinträchtigt sind. Wir wollen die wenigen naturnahen Fluss- und Auenbereiche (Kranebitter Innauen) erhalten und alle nötigen Maßnahmen umsetzen, die der rückläufigen Entwicklung unserer Fischbestände Einhalt gebieten.

11. **Verantwortungsvolle Tierhaltung gehört unterstützt!** – In Innsbruck soll ein „Freiwilliger Hundeführerschein" eingeführt werden. Dabei werden (zukünftigen) Hundehalter*Innen die nötigen Grundlagen über Haltung und Erziehung vermittelt, und sie erhalten Informationen über alle relevanten Gesetze und Steuern sowie Kontakte von Tierarztpraxen und weiterführenden Trainer*Innen.

12. **Pferdeleben in der Stadt** – Die Fiaker im Innsbrucker Stadtgebiet sind nicht unumstritten. Pferde sind Flucht- und Bewegungstiere, denen das lange Stillstehen an Warteplätzen, insbesondere bei extremen Temperaturen, sehr zu schaffen macht. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass die Kontrollfrequenz für Fiakerbetreiber*Innen nach dem Tierschutzgesetz von bisher zweimal jährlich auf viermal jährlich erhöht wird, vor allem um zu lange Einsatzzeiten der Tiere verhindern.

13. **Artgerechte Haltung ist ein Muss!** – Wir bekennen uns zum Tierschutzverein für Tirol 1881 als Trägerverein für das Städtische Tierheim. Wir bestehen jedoch auf der Kontrollfunktion der Stadt Innsbruck und auf einer raschen Umsetzung aller vom Kontrollamt vorgeschlagenen nötigen Maßnahmen zur Professionalisierung der Struktur. Tiere verdienen die bestmögliche Versorgung – und nicht die billigste.

BILDUNG IST KEIN PRIVILEG, SONDERN EIN ANFANG.

Die beste Bildung bietet die besten Chancen – von Anfang an. Und sie begleitet uns ein Leben lang. Deshalb muss der Zugang zu Bildung – unabhängig von sozialer Herkunft und Brieftasche – als öffentliches Gut in gleicher und gerechter Weise zur Verfügung stehen. Die ungleiche Verteilung von Bildungschancen zementiert soziale Ungleichheit. Darum kämpfen wir für eine Gesellschaft, in der die Chance auf Bildung ein Recht für alle ist. Bildung als Grundlage für selbstbestimmte Entwicklung und Gestaltung der Berufslaufbahn ist die Voraussetzung für Demokratie, und damit auch für Freiheit und Gerechtigkeit. Nur mit einer gerechten Verteilung von Bildungschancen können die Voraussetzungen für die mündige Teilnahme an der Demokratie geschaffen und stetig erneuert werden. Dazu braucht es ein Bildungssystem, das den Fokus über die reine Wissensvermittlung hinaus darauf legt, Menschen von Anbeginn in ihren individuellen Stärken und Potenzialen zu fördern sowie dort zu unterstützen, wo Schwächen auftreten.

1. **Bildung für alle – ein Leben lang** – Jedes Kind und jede*r Jugendliche soll unabhängig vom sozialen oder kulturellen Hintergrund, von der Muttersprache, individuellen Voraussetzungen oder Lernschwierigkeiten in seiner/ihrer Entwicklung bestmöglich unterstützt werden. Jeder Elternteil soll in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie individuelle und frei wählbare Möglichkeiten haben. Jede*r Erwachsene hat ein Recht auf berufliches Fortkommen sowie Aus- und Weiterbildung, unabhängig von persönlichen oder finanziellen Voraussetzungen.

2. **Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr** – Für jedes Kind muss von Beginn an ein Platz in den Innsbrucker Kinderbildungseinrichtungen bereitstehen, und zwar mit erweiterten Tagesöffnungszeiten, ohne Ferienunterbrechungen und in jedem Stadtteil: ganztägig – ganzjährig – gratis.

3. **Schule und Hort als Lebensraum** – Wir fordern kostenlose Tagesbetreuung für alle Kinder im schulpflichtigen Alter, damit neben einem frühzeitigen Bildungsanschluss auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie allen Eltern offen steht. Dazu braucht es ein flächendeckendes und flexibles Angebot an Nachmittags- und Ferienbetreuung sowie Ganztagsschulen mit verschränktem Unterricht für Schülerinnen und Schüler.

4. **Ein Ort, an dem unsere Kinder liebend gerne sind** – In jeder Bildungsstätte – jeder Kinderkrippe, jedem Kindergarten und jeder Schule – müssen die infrastrukturellen Gegebenheiten überprüft, verbessert und an eine flexible und ganztägige Nutzung angepasst werden.

Bildung für alle bedeutet Inklusion. Barrierefreiheit, zeitgemäße und bedarfsgerechte Architektur sowie technische Ausstattung müssen als Voraussetzung in allen Bildungseinrichtungen gegeben sein. Sie sind die Grundlage dafür, dass Bildungsinhalte erfolgreich vermittelt werden können und dass unsere Lehrer*Innen und Pädagog*Innen das bestmögliche Arbeitsumfeld erhalten. Barrierefreiheit verstehen wir in vollumfassendem Sinne: Alle Räume müssen schwellenlos zugänglich sein, über taktile Leitsysteme und eine Ausschilderung in Braille-Schrift für Blinde verfügen sowie über Induktionsanlagen für Gehörlose.

5. **Gemeinsame Schule für alle Kinder von 6 bis 14 Jahren** – Innsbruck soll Modellregion für die gemeinsame Schule werden. Die gemeinsame Schule hebt die Trennung von Gymnasium, Neuer Mittelschule und Sonderschule auf und verwirklicht so das Prinzip der Chancengerechtigkeit. Die gemeinsame Schulform ist ein Gewinn für alle, wenn in kleinen Gruppen, projektorientiert, mit Rücksicht auf Talente, Interessen und den jeweiligen Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden kann – und wenn die Architektur der Schule der ganztägigen gemeinsamen Unterrichtsform entspricht und kein Kind mehr eine Schultasche braucht.

6. **Weil es nie zu früh ist für ein gutes Miteinander** – Frühkindliche Bildung soll mit Weiterbildungsangeboten für Pädagog*Innen und gezielter Projektarbeit unterstützt werden, damit inklusive, interkulturelle und innovative Unterrichtsformen angewandt werden können. Sport- und Projektwochen, aber auch Sprach- und Bildungsreisen fördern den Austausch und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sowie – im Rahmen von Elternprojekten – auch einen generationenübergreifenden Austausch.

Bereits am Anfang muss unseren Kindern ein Bildungsangebot zur Verfügung stehen, das eine geschlechtsuntypisierte und kulturell vielseitige Förderung und Entwicklung zulässt – für den besten Start ins Leben. Deshalb soll schon mit der ersten Bildungserfahrung der Grund für eine spätere Berufsausbildung in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) gelegt werden. Auch Mädchen sollen sich für Handwerk und Technik begeistern dürfen.

7. **Weil die Stadt für die Hardware in unseren Schulen zuständig ist** – Wir wollen zeitgemäße, kindgerechte Lern- und Unterrichtsräume in unseren Bildungseinrichtungen, die zum Ausprobieren und Mitmachen einladen und die so ausgestattet sind, dass sie den Anforderungen der unterschiedlichen Fächer entsprechen. Kinder brauchen Lese- und Lernbereiche, Rückzugsräume, Platz zum Austoben, wo immer möglich auch im Freien. Aus den schulischen Aktivitäten heraus sollen sie ihre Interessen entdecken und entwickeln können, wofür Leihinstrumente, Sportangebote und attraktive Freibereiche zur Verfügung stehen müssen. Der Zugang zu digitalen Medien soll ermöglicht und begleitet werden.

8. **Gute Arbeitsbedingungen für unsere Pädagog*Innen und Lehrer*Innen** – Für kleine Unterrichtsgruppen und individuelle Förderung braucht es genügend pädagogisches Personal, insbesondere für die Betreuung von Gruppen mit speziellem Bedarf innerhalb der Klasse. Für unsere Lehrer*Innen muss genügend Raum zum Arbeiten zur Verfügung stehen – vom Konferenzzimmer bis zum persönlichen Arbeitsplatz in der ganztägigen Schule. Zusätzlich setzen wir auf Schulsozialarbeit, die wir flächendeckend an allen Schulen in Innsbruck ermöglichen wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass es an allen Schulen einen eigenen Raum für die Schulsozialarbeit gibt.

9. **Mehr Ehre der Lehre!** – Unsere Lehrlinge sowie Lehrstellensuchenden sind unsere Facharbeiter*Innen von morgen! Der Erfolg unseres regionalen Arbeitsmarktes hängt in hohem Ausmaß davon ab, dass genügend passende Lehrstellen und Unterstützungsoffensiven zur Verfügung stehen. Dem Polytechnikum muss als Brücke zwischen Schul- und Berufsausbildung besondere Aufmerksamkeit zukommen.

10. **Nein zu Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen!** – Für alle Studierenden müssen in Innsbruck die besten Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Ausbildungszeit zur Verfügung stehen, Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen lehnen wir entschieden ab.

11. **Vernetzungsarbeit zwischen den Institutionen** – Insbesondere für die Erwachsenenbildung setzen wir uns dafür ein, dass die Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen und anderen Bildungsinstitutionen gefördert wird.

Unserer Ansicht nach für die Persönlichkeitsbildung besonders wichtig – ein altersgerechter, interkultureller und gendersensibler Sexualkundeunterricht.

12. **Die Grenzen unserer Sprache sind die Grenzen unserer Welt** – In jedem Kindergarten, in jeder Kinderkrippe und in jeder Schule soll insbesondere die Sprache gefördert werden – weil wir jedes Kind mit den besten Voraussetzungen auf den Weg schicken wollen. Sowohl für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache als auch für Kinder mit logopädischem Unterstützungsbedarf müssen die passenden Angebote unkompliziert und direkt zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Projektarbeit sollen diese auch Eltern mit einbeziehen können. Gesonderte Sprachlernklassen lehnen wir aufgrund ihres separierenden Charakters ab, denn in Schulen soll Gemeinschaft gelebt werden, nicht Ausgrenzung.

DER MENSCH IM MITTELPUNKT: GEHT'S UNS ALLEN GUT, GEHT'S DER WIRTSCHAFT GUT!

Arbeit, Wirtschaft und Digitalisierung

Zeitgemäße sozialdemokratische Politik setzt sich für Vollbeschäftigung bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung (30-Stunden-Woche) ein. Eine glatte Laufbahn mit abgeschlossener Ausbildung und anschließend gleichbleibendem Arbeitsplatz bis zur Pensionierung ist längst nicht mehr die Regel. Das heutige Berufsleben erfordert eine hohe Flexibilität und Bereitschaft zur Eigeninitiative. Gerade darum ist die ursozialdemokratische Forderung nach fairen Bedingungen

in den Bereichen Arbeit und Wirtschaft aktueller denn je. Dazu zählen gerechte Löhne, gute Arbeitsbedingungen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der Zugang zu Aus- und Weiterbildung für alle.

Digitalisierung und Internationalisierung haben unsere heutige Arbeits- und Wirtschaftswelt entscheidend verändert. Die Auswirkungen müssen erkannt, abgewogen und zum Vorteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genutzt werden. Visionäres Denken bedeutet in dieser Frage, keine Ängste zu schüren, sondern Möglichkeiten aufzuzeigen. Wo ständige Weiterentwicklung im Job gefragt ist, müssen lebenslanges Lernen und mehrmalige Aus- und Weiterbildung im Berufsleben unkompliziert und frühzeitig ermöglicht werden.

Besonders wichtig ist für uns, dass die Grenze zwischen Beruf und Freizeit auch in digitalen Zeiten gewahrt bleibt und dass bereits in der Schule jene Kompetenzen vermittelt werden, die in einer sich stetig verändernden Berufs- und Arbeitswelt unentbehrlich sein werden.

1. **Ein erfolgreicher Berufsweg beginnt mit der Ausbildung** – Schulen und Bildungseinrichtungen brauchen die beste technische Ausstattung. Der möglichst frühe, medienpädagogisch angeleitete Umgang mit Computern, Programmen und neuen Medien bietet die beste Vorbereitung für die spätere Ausbildung und berufliche Tätigkeit.

2. **Allen Jugendlichen die besten Chancen!** – Wir setzen uns aktiv für die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit ein: Im Rahmen der Ausbildungspflicht bis 18 fordern wir ein ausgewogenes Angebot an Lehr- und Ausbildungsstellen in der städtischen Verwaltung sowie in den Unternehmen mit städtischer Beteiligung. Dabei wollen wir einen besonderen Fokus auf jugendliche Schulabbrecher*Innen legen.

Um dem drohenden Fachkräftemangel vorzubeugen, sollen Angebote, die insbesondere Frauen und Mädchen Zugang und Information zu Ausbildungen in MINT-Berufen bieten, unterstützt, gefördert und ausgebaut werden. Ein differenziertes und ausgewogenes Berufswahlverhalten ohne geschlechtliche Vorfestlegung bietet nicht nur die bestmöglichen Karrierechancen, sondern wirkt auch der Arbeitsmarktsegregation entgegen.

3. **Und was willst du werden?** – Jugendliche sollen im Übergang von Schule zu Beruf mit Hilfe einer verpflichtenden und differenzierten Berufsorientierung und mit begleitenden Projekten zur Berufswahl umfassend über ihre Möglichkeiten informiert werden. Auf diese Weise sollen einerseits mehr Jugendliche auf ihrem Weg zu einem positiven Abschluss unterstützt werden, andererseits lässt sich so langfristig ein Ausgleich zum Fachkräftemangel erzielen.

4. **Offensive für Gesundheit am Arbeitsplatz** – Die Belastungen am Arbeitsplatz nehmen weiter zu, vor allem psychische Erkrankungen sind (neben Erkrankungen des Stütz- und Bewegungsapparats) inzwischen die häufigste Ursache von Ausfällen am Arbeitsplatz. Prävention ist das wirksamste Werkzeug, um spätere Erkrankungen zu vermeiden. Daher wollen wir gesundheitsfördernde Programme und Maßnahmen im Rahmen des Generationenmanagement ausbauen.

5. **Teilzeit darf nicht zur Sackgasse werden** – Teilzeitarbeit wird im Alter häufig zur Armutsfalle. Frauen sind davon bekanntlich besonders betroffen. Damit der Wiedereinstieg in das Berufsleben gelingt, braucht es kostenlose, ganzjährige Betreuungsangebote für alle Kinder im betreuungspflichtigen Alter.

6. **Weil die Arbeit am Menschen wertvoll ist** – Die Erwerbsarbeit am Menschen, ob im Gesundheits-, Bildungs- oder Pflegebereich, soll nicht nur ideell wertgeschätzt, sondern muss tatsächlich aufgewertet werden: Durch gerechte Entlohnung, bessere Arbeitsbedingungen, die Chance auf Weiterbildung und einen Betreuungsschüssel, der es den Mitarbeiter*Innen wirklich erlaubt, auf Menschen und ihre Bedürfnisse einzugehen.

7. **Ja zum Event-Kollektivvertrag** – Bei Events und Veranstaltungen, die außerhalb der Regelarbeitszeit stattfinden, wie etwa „Shopping Night“ oder „Die lange Nacht der Museen“, müssen die Vorgaben des Eventkollektivvertrags eingehalten werden: Dazu gehört die volle Abgeltung der Überstunden sowie die Übernahme der Zusatzkosten, die den Mitarbeiter*Innen durch Kinderbetreuung oder Taxifahrten zu später Stunde entstehen.

> Die Stadt Innsbruck ist Vorreiterin in den Bereichen Inklusion und Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen. Diese Errungenschaft wollen wir aufrechterhalten, denn Selbstbestimmung bedeutet ein Recht auf Arbeit, auf eigenen Lebensunterhalt und Gestaltungsfreiheit der beruflichen Situation für alle Menschen. Wir fordern weiterhin echte, barrierefreie Arbeitsplätze und setzen uns für die volle Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Berufsausbildung – insbesondere für die Sonderformen der Lehre – ein.

8. **Klarer Kurs in Richtung Vollbeschäftigung** – Wir bekennen uns ausdrücklich zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wo die Bundesregierung arbeitslose Personen im Stich lässt, muss die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützend eingreifen. Arbeitsmarktprojekte, wie die von Türkis-Blau gestrichene „Aktion 20.000“, können in einer regionalen Adaptierung fortgeführt werden und direkt im Sinne unterschiedlicher Zielgruppen reagieren.

9. **Bestbieter statt Billigstbieter!** – Das Bestbieterprinzip hat das Gemeinwohl im Auge und stellt den Menschen in den Mittelpunkt, anstatt rein betriebswirtschaftlichen Überlegungen zu folgen. Größere Betriebe, die sich in unserer Stadt ansiedeln wollen, sind nicht nur nach der Anzahl der Arbeitsplätze und Lehrstellen, die sie schaffen wollen, zu beurteilen, sondern auch in Bezug auf die Arbeitsbedingungen wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Einkommens- und Chancengerechtigkeit.

10. **Der Wirtschaftsmotor unserer Stadt** – Wir wollen gezielt Klein- und Mittelbetriebe sowie Ein-Personen-Unternehmen fördern und bei ihrer Ansiedlung unterstützen, denn diese schaffen tausende Arbeitsplätze und sind der entscheidende Motor für die Wirtschaft in unserer Stadt. Wir wollen eine aktive Einladungspolitik für diese kleinen und mittleren Betriebe betreiben, indem wir sie wohlwollend und umfassend servicieren. Für Betriebsübernahmen soll seitens der Stadt eine Neu- und Jungunternehmer*Innenbörse angeboten werden.

11. **Leerstehende Betriebsgebäude und Geschäftslokale revitalisieren** – Wir setzen uns für Betriebsansiedlungen im Bereich der produzierenden Gewerbe und des Handwerks in einem ausgewogenen Branchenmix ein, um die Schaffung hochwertiger und gerecht entlohnter Arbeitsplätze zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang fordern wir ein städtisches Programm zur Revitalisierung leerstehender Betriebsgebäude und Geschäftslokale.

12. **Keine Privatisierung von Strom und Wasser!** – Wir sprechen uns gegen jegliche Privatisierung von kommunalen Dienstleistungen (wie zum Beispiel Wasser- und Energieversorgung) aus und lehnen weitere Ausgliederungen grundsätzlich ab.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! – Das ist für uns Sozialdemokrat*Innen ein wesentlicher Grundsatz. Daher setzen wir uns für einen gerechten Zugang zu Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Jugendliche und Erwachsene sowie für Lohntransparenz ein. In der städtischen Verwaltung und in Unternehmen mit städtischer Beteiligung wollen wir volle Lohntransparenz und ein Monitoring, aus dem entsprechende Folgerungen abgeleitet werden können.

LEBENSQUALITÄT SCHAFFEN – FÜR ALLE!

Sport, Kultur und Freizeit

Wir bekennen uns zu einer Sportpolitik, die den Spitzensport als Speerspitze des Breitensports begreift. Wir setzen uns daher für ein gerechtes und transparentes Fördersystem ein, bei dem Randsportarten ebenso berücksichtigt werden wie der Nachwuchs, aus dem sich einmal unsere Spitzensportler*Innen entwickeln sollen. Sport ist mehr als Bewegung. Sport ist ein Motor für Gemeinschaft, Integration, Gesundheit und ein friedliches Zusammenleben.

Sport

1. **Unsere Aushängeschilder unterstützen** – Wir bekennen uns zur Förderung von Innsbrucks Aushängeschildern im Spitzen-Teamsport – wie dem FC Wacker, dem HCI, der Hypo Tirol, den Swarco Raiders oder TI Volleys. Darum wollen wir Hallen, Infrastruktur und Stadien gezielt subventionieren.

2. **Sportstätten sichern** – Wir setzen uns für den Bau des geplanten Kleinstadions der Raiders in Angliederung an Tivoli und OSVI ein. Weiters bekennen wir uns zur Olympiaworld und fordern eine weitere Konzentration von Sport-Standorten unter dem Dach der OSVI.

3. **Eine echte Mehrzweckhalle für den Sport** – Wir fordern die weitere Nutzung und Adaptierung der großen Halle in der Olympiaworld für alle Ballsportarten bzw. als Mehrzweckhalle, die für den Sport nutzbar ist.

4. **50-Meter-Schwimmhalle** – Die Stadt, das Land und der Bund haben ihre Zustimmung zu einem Hallenbad mit einem 50-Meter-Becken bereits gegeben und erklären sich bereit, einen Teil der Kosten zu übernehmen. Ein Mangel an Wasserflächen ist in Innsbruck bereits jetzt gegeben – die Lehrpläne, die das Schulschwimmen vorschreiben, können nicht vollständig erfüllt werden. Mit der Schließung des Hallenbads in der Höttinger Au wird dieser Mangel noch akuter werden. Wir sprechen uns klar für die Errichtung einer 50-Meter-Halle aus, da diese am besten die Bedürfnisse im Breiten- wie auch im Spitzensport abdecken kann.

5. **Transparenz bei Förderungen** – Das derzeitige Subventionskarussell in der Sportförderung gehört einer umfassenden Revision unterzogen. Eine Umwegfinanzierung der Olympiaworld über Mieten von Vereinen, die wiederum von der Stadt finanziert werden, ist nicht transparent. Wir setzen uns für klare und transparente Strukturen ein. Die Jugend ist die Zukunft des Sports und gehört daher speziell gefördert. Jede direkte Sportförderung an Vereine ist daran zu knüpfen, dass nicht nur Profisportler*Innen davon profitieren.

Wir setzen uns dafür ein, Mädchen und Frauen den Zugang zu sogenannten „Männersportarten“ zu ermöglichen und zu erleichtern. Projekte und Vereine, die sich hier engagieren, sollen zusätzlich gefördert werden.

6. **Den Breitensport fördern** – Der Individualsport ist ebenso wichtig wie der Vereinssport. Wir setzen uns daher für den weiteren Ausbau und die Instandhaltung von Lauf- und Radwegen im Stadtgebiet ein.

7. **Sport in der Schule** – Wir setzen uns für die Umsetzung der täglichen Turnstunde ein. Wer schon im Kindesalter mit Bewegung und unterschiedlichen Sportarten vertraut wird, ist auch als Erwachsene*r aktiver und lebt gesünder.

8. **Läuft bei dir?** – Für uns ist die Ermutigung zur Bewegung ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer besseren Gesundheit und einer höheren Lebenserwartung. Deshalb bekennen wir uns zu allen Veranstaltungen, die Innsbrucker*Innen zum Sport motivieren. Der Stadtlauf, der Frauenlauf und viele weitere Laufveranstaltungen sind Fixpunkte unserer Sportstadt und sollen um weitere Veranstaltungen ergänzt werden.

9. **Unser Hausberg** – Wir bekennen uns zum Naherholungsgebiet Patscherkofel und zum Projekt „Hausberg“, setzen uns aber für eine verlässliche Kostenkontrolle und ein strategisches Projektmanagement unter Einbindung von Expert*Innen und Bevölkerung ein.

Alle Sportanlagen müssen barrierefrei gestaltet sein. Auch das aktive Einbinden von Menschen mit Beeinträchtigungen in den Sport ist für uns ein zentrales Anliegen. Projekte oder Vereine, die sich hier besonders engagieren, verdienen erweiterte Förderungen und Unterstützung.

10. **Events, aber richtig!** – Großveranstaltungen sind wichtige Aushängeschilder, um den Sport und Innsbruck als Sportstadt zu präsentieren. Jedoch sind sie kostenintensiv und erzielten in der Vergangenheit nicht immer die Auslastung, die im Vorfeld versprochen wurde. Wir sprechen uns daher für einen selektiven Auswahlprozess aus: Ein professionelles Projektmanagement, eine nennenswerte Breitenwirkung und ein erkennbarer Mehrwert für unsere Innsbrucker*Innen müssen gewährleistet sein. Das Motto muss lauten: Manchmal ist weniger mehr.

Freizeit

Wir wollen Innsbruck in Bewegung bringen! In der Freizeitgestaltung wird Bewegung von uns Innsbrucker*Innen groß geschrieben, sei es körperlich oder geistig. Innsbruck ist eine Stadt, in der gemeinsame Hobbies und Unternehmungen einen hohen Stellenwert genießen und einen wichtigen Beitrag für unser Zusammengehörigkeitsgefühl leisten.

Damit wir die Zeit, die uns für uns selbst, unsere Familien, Freund*Innen und auch für unsere Haustiere zur Verfügung steht, am besten nutzen können, braucht es die besten Rahmenbedingungen sowie innovative Ideen mit Blick auf Barrierefreiheit und Inklusion.

1. **Freier Zugang zur Freizeit** – Innsbrucks Freizeitmöglichkeiten und die dafür notwendige Infrastruktur – wie Öffi-Anbindung und Barrierefreiheit – müssen für alle mitgedacht und geplant werden.

2. **Ohne Moos nix los?** – Die Freizeitmöglichkeiten in unserer Stadt sollen allen zugänglich sein und dürfen nicht an Einkommen oder Vermögen geknüpft sein. Gratiseintritte zu Kulturveranstaltungen, vergünstigte bzw. öffentlich zugängliche Sportmöglichkeiten und andere attraktive Freizeitangebote müssen ebenso zur Verfügung stehen wie Freiflächen ohne Konsumzwang, die interkulturell und generationenübergreifend Begegnungsmöglichkeiten schaffen.

3. **Eine Location finden** – Veranstaltungsräume und Bereiche im Freien müssen günstig bis kostenfrei zur Verfügung stehen. Speziell junge Menschen brauchen deutlich mehr Möglichkeiten, sich an Orten treffen und aufhalten zu können, ohne etwas konsumieren zu müssen, denn mehr als ein Drittel der Innsbrucker Bevölkerung besteht aus Schüler*Innen, Lehrlingen und Studierenden.

4. **Begegnungsräume können vielseitig sein** – Ein besonderer Fokus muss jedoch auf Parkanlagen, Promenaden und Bereiche direkt an Inn und Sill gelegt werden, da diese Orte eine attraktive, niederschwellige und äußerst beliebte Möglichkeit darstellen, gemeinsam an der frischen Luft zu sein.

5. **Innsbruck an den Inn** – Bringen wir Innsbruck endlich zurück an den Inn! Den Innsbrucker*Innen soll der Zugang zu unserer Lebensader erleichtert werden: durch Treppen zum Fluss, den Ausbau von Promenaden und Grünanlagen mit Sport- und Freizeitmöglichkeiten am Wasser – hier soll vor allem der Westen unserer Stadt nicht zu kurz kommen.

6. **Unser Hausberg** – Zum Schifahren. Zum Wandern. Für die Großen. Und die Kleinen. Wir bekennen uns zum Patscherkofel als unserem „Hausberg“ -

zugänglich für alle und mit öffentlichen Verkehrsmitteln unkompliziert erreichbar.

7. **Weil Mensch und Tier hier zuhause sind** – Innsbruck ist eine Stadt der Natur- und Tierfeund*Innen. Für die regelmäßigen und zahlreichen Spaziergänge braucht es ausreichend Hundewiesen mit Frischwasserzugang und Sonnenschutz.

8. **Wir räumen auf** – Wir fordern mehr Abfalleimer vor allem in stark frequentierten Bereichen. Diese tragen zu höherer Sauberkeit in unserer Stadt bei. Zusätzlich sollen vermehrt „Gassisackerl"-Stationen an den Mülleimern angebracht werden.

9. **Freiwilligen Helferinnen und Helfern die Ehre zuteilwerden lassen, die ihnen gebührt** – Freiwilliges Engagement passiert in der Freizeit und ist ein besonderes Merkmal in unserer Stadt. Ehrenamtliche Arbeit – sei es in den Bereichen Sport, Kultur, für Organisationen im Dienst der Menschen oder im Einsatz für spezielle Zielgruppen – verlangt besondere Bereitschaft und muss daher in aller Form unterstützt werden und die angemessene Wertschätzung erfahren. Dort, wo es im Einflussbereich der Stadt liegt, fordern wir drei Urlaubstage zusätzlich für alle, die sich freiwillig bei Blaulichtorganisationen engagieren.

Kultur

Kunst und Kultur setzen sich mit der Gesellschaft auseinander, hinterfragen kritisch, schaffen Schönes und Neues, bringen die Menschen zum Denken und Staunen, irritieren gewohnte Blicke und falsche Konventionen. Kultur ist Ausdruck von Gesellschaft und zugleich ein wichtiges Werkzeug, sie zu gestalten und zu verändern. Kulturpolitik prägt die Gesellschaft und das Miteinander der Menschen in unserem Land. Daher ist Kulturpolitik auch immer Gesellschaftspolitik: Wer Freiräume für die Kreativität der Menschen schafft, fördert die Entwicklung und den Erhalt der freien und offenen Gesellschaft.

1. **Für ein breit gefächertes kulturelles Angebot** – Die Lebensqualität in Innsbruck wird entscheidend dadurch geprägt, dass wir ein sehr breit gefächertes Angebot sowohl in der kulturellen Basisversorgung (etwa im Landestheater, in den Tiroler Landesmuseen und im Treibhaus) wie auch im Festivalbereich haben. Wir bekennen uns daher klar zur bestehenden künstlerischen und kulturellen Infrastruktur in der Stadt. Die Kehrseite der Medaille ist: Große Institutionen binden automatisch viel Geld, für die freie Kulturarbeit bleibt viel zu wenig übrig – zurzeit 0,7 Prozent des Budgets. Hier herrscht ein massives Ungleichgewicht.

2. **Raum und Finanzierung besonders für die freien Szenen** – Wir fordern eine Indexanpassung des Kulturbudgets, die insbesondere alternativer Kulturarbeit im weitesten Sinne zugutekommt. Städtische Kulturpolitik hat Raum (im wörtlichen und im übertragenen Sinn) für das Experimentelle, Avantgardistische zu schaffen und ein Klima der Toleranz und Lust auf das Neue, (noch) nicht kommerziell Verwertbare zu ermöglichen.

> Für uns steht außer Frage: Politik hat die Aufgabe, einen vielfältigen, barrierefreien und niederschwelligen Zugang zu Kunst und Kultur für alle sicherzustellen.

3. **Mut zur Schwerpunktsetzung** – Das zurzeit geübte Gießkannenprinzip in der Subventionspolitik stellt eine gewisse Vielfalt automatisch sicher, führt jedoch dazu, dass viele jeweils sehr wenig Förderung bekommen. Inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, erfordert Mut und die Fähigkeit, nachvollziehbar zu argumentieren, warum man etwas stärker fördert als etwas anderes. Wir wollen in Innsbruck künftig einen deutlichen Schwerpunkt auf Kulturproduktion und -vermittlung legen, die durch kreative Reibung an und eine kritische Auseinandersetzung mit den gegebenen Verhältnissen Energie erzeugen.

4. **Gute Arbeitsbedingungen für Kunst- und Kulturschaffende** – Wir wollen leistbare Produktions-, Ausstellungs- und Aufführungsräume. Langfristige Finanzierungsverträge schaffen Planungssicherheit, verbessern die Arbeitsbedingungen von Kunst- und Kulturschaffenden und können der schleichenden Prekarisierung am besten entgegenwirken.

5. **Die wiederbelebte Rotunde als Heimstätte für Neues** – Besonders am Herzen liegen uns (junge) Kreative im Bereich Design, IT-Startups und ähnliche Unternehmen. Wir wollen die Rotunde am Rennweg wiederbeleben. Das brachliegende und vor sich hin rottende ehemalige Riesenrundgemälde soll als „Raumschiff Rotunde" zu einem Zentrum für junge Unternehmen im Bereich IT, Software-Entwicklung, Medienkunst etc. umfunktioniert werden. Die Stadt Innsbruck hilft diesen Unternehmen auf die Beine, indem sie ihnen zu günstigen Konditionen möglichst unbürokratisch Arbeitsräumlichkeiten vermietet (analog zu den Künstler*Innen-Ateliers in Büchsenhausen).

6. **Innsbruck als Kulturhauptstadt** – Um dem Zeitgenössischen in Innsbruck einen deutlichen Schub zu verleihen, wollen wir eine so breit wie möglich angelegte Debatte darüber initiieren, ob sich Innsbruck als Europäische Kulturhauptstadt oder um die Austragung der Manifesta bewerben soll.

7. **Kunst und Kultur im öffentlichen Raum** – Wir wollen, dass Gratis-Events und Open-Air-Festivals, wie zum Beispiel das New Orleans-Festival, weiterhin

das Kulturleben in unserer Stadt bereichern. Diese sollen nicht nur im Stadtzentrum stattfinden. Veranstaltungen am DDr.-Alois-Lugger-Platz im Olympischen Dorf, im Rapoldipark oder am Wiltener Platzl können das Leben in den Stadtteilen bereichern. Zudem wollen wir Kunst im öffentlichen Raum in allen Stadtteilen eine Heimstätte geben.

8. **Weil wir es uns wert sind** – Bei größeren öffentlichen Feierlichkeiten und Umzügen wollen wir darauf achten, dass der öffentliche Mehrwert in einem vertretbaren Verhältnis zur jeweiligen Subventionshöhe steht und die Umwelt nicht unnötig belastet wird.

Wir wollen QUEERE KUNST, WILDE KUNST, VERRÜCKTE KUNST in unserer Stadt. Denn Kunst, Kultur und Tradition können mehr, als Frauen zu mobilen Schnapsstationen zu machen.